

Finanzmarktstabilität

Zügellose Banken zähmen

Kommentar von Claudia Aebersold Szalay 20.12.2016, 05:30 Uhr

Die Industrieländer traten einst geeint an, ein zweites «Lehman» zu verhindern. Doch der Schock der Finanzkrise lässt nach und mit ihm die Entschlossenheit der Politik, die Banken stabiler zu machen.

•



□ □ □ □ □

1 600 000 000 000 Euro. [So viel – ja, es ist ein Billionenbetrag](#) – haben die europäischen Regierungen während der jüngsten Finanzkrise in die Hand genommen, um die europäischen Banken zu stabilisieren. Die aus Kapitalspritzen und Garantien entstandenen Verpflichtungen kletterten in den ersten drei Krisenjahren auf 13 Prozent des Bruttoinlandproduktes der Europäischen Union. Die Rettung der Banken ist den europäischen Steuerzahler teuer zu stehen gekommen, auch wenn ein Teil der Gelder nie abgerufen oder inzwischen zurückbezahlt worden ist.

Die volkswirtschaftlichen Kosten der jüngsten Bankenkrise gingen aber weit über die direkten Finanzhilfen hinaus. Die Finanzkrise mündete in einer schweren Rezession, die die Wirtschaftsleistung Europas bis heute beeinträchtigt. [Die europäische Produktion](#) liegt gegenwärtig rund 20 Prozent unter jener, die ohne Krise zu erwarten gewesen wäre. Die staatlichen Reaktionen auf den Konjunkturerinbruch waren zudem heftig, was eine dramatische Steigerung der europäischen Staatsverschuldung zur Folge hatte. Betrug die Staatsschulden im Jahr 2008 in der Euro-Zone noch 65 Prozent des Bruttoinlandproduktes, so lagen sie sechs Krisenjahre später bei 92 Prozent.

Doch die Kosten der Krise spiegeln sich nicht allein in solchen Kennzahlen. Sie zeigen sich auch in unzähligen Schicksalen von Menschen, die krisenbedingt gelitten haben und noch immer leiden. Die Arbeitslosigkeit ist in etlichen europäischen Ländern markant gestiegen, und bei der Jugend Südeuropas hat sich eine Perspektivlosigkeit breitgemacht, deren Schaden nur schwer in Euro zu beziffern ist.

Kreative Rechnerei

Die Einsicht, dass Banken Krisen wirtschaftlich wie gesellschaftlich kostspielig sind, hatte die Regierungen der betroffenen Länder im Jahr nach der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers, die gemeinhin als Auslöser der Krise gilt, dazu bewogen, neue Regeln für das Finanzsystem aufzustellen. So beauftragten die Staats- und Regierungschefs der zwanzig wichtigsten Wirtschaftsnationen 2009 den Basler Ausschuss für Bankenaufsicht mit der Ausarbeitung neuer Regeln, die Banken krisenresistenter machen sollten. Ein zweites «Lehman» darf es nicht geben, lautete damals [der allgemeine Tenor](#). Seither hat sich einiges getan. Dank den damals eingeleiteten Reformen mit dem Namen «Basel III» halten die Banken heute, in Europa genauso wie in den anderen Teilen der Welt, mehr und qualitativ besseres Eigenkapital; sie verfügen über zusätzliche Puffer für schlechte Zeiten, ihr Verschuldungsgrad wurde gedeckelt, und die Anforderungen an ihr Risikomanagement wurden verschärft. Obwohl

die anvisierte Reform der Bankenregulierung also ein ganzes Stück vorangekommen ist, ist sie noch unvollendet. Den letzten, ganz entscheidenden Schliff sollte «Basel III» eigentlich jetzt, also noch vor Ende des Jahres, bekommen. Doch der politische Elan im Kampf gegen instabile Banken hat merklich abgenommen, seitdem die akute Krisenangst wieder etwas verflogen ist – ganz besonders in Europa. Und so formiert sich heftiger Widerstand gegen die Vollendung jener Reformen, die im Höhepunkt der Krise als alternativlos galten.

Europas Banken müssen krisenfester gemacht werden, wollen sie beim nächsten Krachen einigermaßen glimpflich davonkommen.

In einem letzten Effort, so sieht es «Basel III» vor, sollten die Modelle stärker standardisiert werden, mit denen die [Banken ihre Risikopositionen bewerten](#). Dadurch sollte es für Grossbanken, die das Zeug haben, das gesamte Finanzsystem zu destabilisieren, schwieriger werden, ihre Risiken «kleinzurechnen». Gegen diesen letzten Reformschritt wehren sich nun die Europäer mit Händen und Füßen, allen voran die Deutschen und die Franzosen. Sie befürchten, dass «ihre» Banken plötzlich deutlich schlechter dastehen, wenn sie gezwungen werden, ihre Risiken nach standardisierten Kriterien zu bewerten. Und sie erachten dies als Wettbewerbsnachteil, weil die amerikanischen Konkurrenten dieses Problem nicht haben. Die europäischen Befürchtungen sind berechtigt: Es ist durchaus möglich, dass deutsche und französische Grossbanken zusätzliches Kapital benötigen, wenn ihnen nicht mehr erlaubt wird, die eigenen Positionen schönzurechnen. Und es stimmt, dass amerikanische Wettbewerber nichts dergleichen zu befürchten haben, weil die USA bei «ihren» Banken schon lange kein Abweichen vom standardisierten Ansatz mehr tolerieren. Auch die Schweiz hat mit der Anpassung der «Too big to fail»-Bestimmungen bereits vorgesorgt. Doch ist dies für die Europäer ein legitimer Grund, «Basel III» sozusagen auf der letzten Meile zu torpedieren? Ganz bestimmt nicht.

Auf tönernen Füßen

Erfüllen einige deutsche und französische Institute gegenwärtig die regulatorischen Vorgaben tatsächlich nur, weil sie bei ihren Risikobewertungen nachlässig sind, steht die europäische Bankenbranche auf ziemlich wackligem Fundament. Dies sollte Politiker, die kein zweites «Lehman» wollen, eigentlich aufschrecken. Stattdessen stecken sie in Europa lieber den Kopf in den Sand und geben sich mit einer Bankenbranche zufrieden, die nur vermeintlich stabil ist. Die Bändigung der bankinternen Modellrechnungen ist weit mehr als blosser Kosmetik, sie ist ein Herzstück von «Basel III». Eine auf den ersten Blick genügende Kernkapitalquote ist das Papier nicht wert, auf dem sie ausgewiesen wird, wenn sie aufgrund von kreativer Rechnerie zustande kommt. Die Schweiz kann ein Lied davon singen, schliesslich musste die UBS einst staatlich gerettet werden, als deren Kapitalquote noch ansehnliche 10 Prozent betrug. Die Tatsache, dass ausgerechnet die Europäer im Schlusspurt von «Basel III» nun auf die Bremse treten, stimmt nachdenklich. [Die europäische Bankenbranche ist angeschlagen](#). Ihre Profitabilität ist schwach, und sie kämpft mit hohen Beständen an notleidenden Krediten. Diese Kombination macht sie anfällig für neue Turbulenzen. Nur eine Kapitalausstattung, die nicht auf Phantasieberechnungen basiert, bietet einen gewissen Schutz dagegen. Das in Berliner und Pariser Amtsstuben gerne vorgebrachte Argument, zusätzliche Kapitalanforderungen für europäische Banken würden diese daran hindern, Kredite an die Wirtschaft zu vergeben, sticht nicht. [Nur gesunde Banken versorgen die Realwirtschaft mit ausreichend Krediten](#).

Die sture Haltung der Europäer, ausgerechnet beim Abschluss der postlehmanischen Bankenregulierung, macht einen faulen Kompromiss wahrscheinlich. Eine komplette Absage an die Vollendung des eingeschlagenen Reformkurses können sich die Staats- und Regierungschefs eigentlich nicht leisten, die damals, in den Wirren der Subprime-Krise, lauthals angetreten waren, um ein zweites «Lehman» künftig zu verhindern. Doch

auch Kompromisslösungen wären eine grosse Niederlage im Kampf gegen zukünftige Finanzkrisen. Homöopathische Eingriffe in die Modellwelt der Banken reichen nicht aus, das Bankensystem insgesamt stabiler zu machen. Geradezu fahrlässig aber wäre ein Kompromiss, der darauf abzielte, den Standardansatz der Regulatoren zwar einzuführen, ihn aber gleichzeitig derart abzuschwächen, dass auch die bisher «kreativsten» europäischen Banken nichts mehr zu befürchten hätten. In diesem Fall würden die Grossbanken nicht stabiler, die bisher mit eigenen Modellen operiert haben. Es würden aber gleichzeitig auch all jene Kreditinstitute instabiler, die bisher mit dem Standardmodell gerechnet haben, weil dieses verwässert würde. Für die globale Systemstabilität wäre dies brandgefährlich.

Bankenkrisen sind teuer. Die Aufseher und Politiker in Berlin, Frankfurt und Paris täten gut daran, sich die enormen Kosten zu vergegenwärtigen, die Europa wegen der strauchelnden Banken nach dem Lehman-Kollaps schultern musste und noch immer schultern muss. Die nächste Krise kommt bestimmt. Europas Banken müssen krisenfester gemacht werden, wollen sie beim nächsten grossen Krachen einigermaßen glimpflich davonkommen. Dem Schönrechnen der Banken einen Riegel schieben kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, ein zweites «Lehman» zu verhindern. Das erste hat in Europa schon genug tiefe Narben hinterlassen.